

Weitblick

MITTEILUNGEN DER AFP KÄRNTEN UND STEIERMARK

Erscheinungsort Klagenfurt

Folge 121 – Juni 2017

Verlagspostamt 9020
p.b.b. 02Z030436 M

Milde Strafen für Gedenkstättenchänder

Am 9. Oktober 2016 machten sich sieben Antifaschisten, bewaffnet mit Farbbomben auf, die Gedenkstätte auf dem Ulrichsberg zu schänden. Sie brachen das Tor zum Ehrenhain auf und besudelten die Wände und die Gedenktafeln.

Am 13. Oktober 2016 rühmte sich die „autonome Antifa Koroska“ im Internet der Tat.

Der Verfassungsschutz ermittelte und es gelang, die Täter auszuforschen. Die fünf Burschen und zwei Mädchen wollten angeblich ein Zeichen gegen das Ulrichsbergtreffen setzen und hätten aus Haß gehandelt.

Am 21. März 2017 wurde fünf „linken Jugendlichen“ in Klagenfurt der Prozeß gemacht, die zwei weiteren hatten vorab eine Diversion bekommen. Richter Michael Schofnegger betonte: „Die Tafeln fallen nicht unter das Verbotsgesetz.“ Weiters stellte er in der Urteilsbegründung klar, dass die politische Einstellung Privatsache sei, eine Totengedenkstätte für die Gefallenen des 2. Weltkriegs mit Farbbeuteln zu beschädigen, verstoße aber eindeutig gegen das Gesetz, und er sprach das Urteil: 40 Stunden Sozialarbeit für die unbescholtenen Jüngsten, einmal 320 Euro unbedingt und einmal drei Monate bedingt für die älteren.

Zu den Treffen auf dem Ulrichsberg äußerte sich der Kärntner Ex-LH Leopold Wagner (SPÖ) einst folgendermaßen: „Jahr für Jahr treffen sich tausende Menschen aus nah und fern auf dem Ulrichsberg, um der Gefallenen und Vermißten der beiden Weltkriege und des Kärntner Abwehrkampfes zu gedenken. Die schicksalsschweren Ereignisse, an die dabei erinnert wird, haben nicht nur ihren Platz in der Geschichte eingenommen, sondern sie sind für viele Menschen Bestandteil ihrer eigenen Geschichte geworden. Die Ulrichsbergfeier ist fest im Bewußtsein der Kärntnerinnen und Kärntner verankert und ich halte derartige Veranstaltungen deshalb für wichtig, weil ein Volk seine Geschichte nicht verdrängen darf.“

Gegen jeglichen Ersatz

von Schäden, die Demonstranten angerichtet haben und bezahlen sollen, sind die Grünen, Neos und auch Greenpeace. Ihr Argument: „Macht man ‚Versammlungsleiter‘ oder andere für die Wiedergutmachung von angerichteten Schäden haftbar, könnte man diese Personen in den finanziellen Ruin treiben und so das über viele Jahre erkämpfte Demonstrationsrecht unterlaufen.“

Wie das mit dem finanziellen Ruin der, durch die Demonstranten unschuldig zu Schaden Gekommenen ist, verraten sie nicht!

„Hey, ihr Nazis, her mit eurem Geld“

Die links-liberale Presse berichtet: „Die türkische Wirtschaft ist in sehr hohem Ausmaß von EU-Ländern abhängig. Und sie bekommt von dort auch noch sehr hohe Geldleistungen. Im Vorjahr sind etwa 1,4 Mrd. Euro allein aus dem EU-Budget in Richtung Bosporus geflossen, geht aus einer Anfragebeantwortung im Europaparlament hervor. Direkt über Mitgliedsländer abgerechnete Strukturprogramme sind da noch nicht enthalten.

Wenn man behauptet, daß das jetzt abrupt abgebrochene türkische Wirtschaftswunder des vorigen Jahrzehnts fast ausschließlich von EU-Kapital befeuert war, dann liegt man nicht weit daneben.

Aber wieso läßt sich der Hauptsponsor vom Sponsoringnehmer so auf dem Kopf herumtanzen? Wo bleibt die entschlossene europäische Reaktion auf die Frechheiten, die derzeit vor allem den Niederlanden, Deutschland, aber auch Österreich hingeschleudert werden? Die Ansage ‚Hey, ihr Nazis, her mit eurem Geld‘ ist keine Basis, auf der man dauerhaft wirtschaftliche und politische Beziehungen aufbauen kann.“

„Nichtsnutz“

nennt sie sich selbst, und weil sie den Publikumspreis beim Bachmann-Bewerb 2016 in Höhe von € 7.000.— und dazu von der Stadt Klagenfurt € 6.000.— gewonnen hat, darf sich die aus Wien stammende Autorin Stefanie Sargnagel (eigentlich Sprengnagel) nun Stadtschreiberin nennen und ein halbes Jahr lang kostenlos das, im städtischen Eigentum befindliche, „Künstleratelier“ im Europahaus in Klagenfurt bewohnen. Vom Ministerium für Kunst und Kultur gab es für die Frau Stadtschreiberin und ihre Freundin noch ein Reisestipendium in Höhe von € 1.500.—, welches die beiden Damen im „Sauf- und Kiffurlaub“ im marokkanischen Küstenstädtchen Essauouira in vollen Zügen ausgekostet haben – „ohne Busenhalter vor frommen Muslimen – mit saufen und kiffen – eine Babykatze zur Seite treten und mit dem Muezzin schmusen“, so das „künstlerisch wertvolle“ Reisetagebuch.

Die Klagenfurter, die ihr das süße Leben als Stadtschreiberin mit Steuergeld ermöglichen, nennt sie liebevoll „Wassersportnazis mit Gelfrisur“ und Klagenfurt „die Stadt der Nazis und Junkies“ – na ja, „Nazis“ ist nicht neu (und heutzutage ein gängiges Schimpfwort) „Junkies“ eher schon, aber die Kombination ist herzig!

Die Kultursprecherin der Klagenfurter Grünen, Evelyn Schmid-Tarmann lobt die kulturelle Leistung der Frau Sargnagel über den „grünen Klee“, und nennt sie die „schillerndste Figur der jungen Literaturszene“.

Mein Gott, was heut schon alles als Literatur durchgeht!

Wenn die grüne Kultursprecherin das alles aus ihrer Privatschatulle bezahlen würde, hätte niemand was dagegen, würde sie lauter solche busenhalterlosen, kiffenden Herzerln um sich scharen.

Aber hier wird Steuergeld verschleudert und das ist nichtsnutzig.

Steuergeld soll ohne Leistung in SPÖ-Parteikasse geflossen sein

Die Korruptionsstaatsanwaltschaft startet einen neuen Anlauf, Landeshauptmann Peter Kaiser (SPÖ) vor ein ordentliches Gericht zu bringen. Im August letzten Jahres war man damit durch eine Weisung der Oberstaatsanwaltschaft Wien noch gescheitert.

DIE MINDERHEIT FORDERT

Obwohl sie sich bis heute nie offiziell im Rahmen einer Minderheitenermittlung zu ihrer Stärke bekannt hat, bildet die Volksgruppe der Kärntner Slowenen eine der bestgeförderten Minderheiten in Europa. Und sie fordert immer weiter.

So hat z. B. der Rat der Kärntner Slowenen, namentlich ihr Obmann Valentin (Zdravko) Inzko, im Jahr 2013 der Kärntner Landesregierung ein Papier mit weitreichenden Forderungen der Slowenischen Minderheit übergeben. Die Forderungen und Wünsche wurden beim Dialogforum diskutiert, LH Kaiser übermittelte die schriftlichen Unterlagen dann dem Landtagspräsidenten Rohr mit der Aufforderung, sie den Klubs zur Kenntnis zu bringen. Inzko und der Rat fordern eine Ergänzung der Landesverfassung: „Daß Slowenisch die zweite Landessprache sei, müsse ebenso in die Verfassung wie ein eigenes Selbstverwaltungsgremium und die Förderung der Volksgruppe.“

Slowenisch als zweite Landessprache ist ein Wunsch mit enormer Tragweite. So uneingeschränkt festgeschrieben würde das wohl bedeuten, daß von Heiligenblut bis Lavamünd Slowenisch als Amtssprache akzeptiert werden müßte. LH Kaiser blieb damals gelassen: „Wir werden das ordnungsgemäß abwickeln.“

STARKE BOTSCHAFT

Nun will auch das Ausland in Kärntner Angelegenheiten mitmischen. Der slowenische Außenminister Karl Erjavec hat die Obmänner der Kärntner Slowenen-Organisationen Bernard Sadovnik, Valentin (Zdravko) Inzko und Marjan Sturm nach Laibach eingeladen, um mit ihnen über die neue Kärntner Landesverfassung zu reden. „Wir sollten Österreich eine starke Botschaft schicken“ waren seine Worte. Auch der slowenische Präsident Borut Pahor mischt sich in die Debatte um die Kärntner Landesverfassung ein mit den Worten: „Slowenien ist der Nachfolgestaat einer der Signatarmächte des österreichischen Staatsvertrags aus dem Jahre 1955.“

Dazu der Obmann des Kärntner Abwehrkämpferbundes Fritz Schretter: „Slowenien ist für uns kein Nachfolgestaat Jugoslawiens. Wo kommen wir hin, wenn wir Laibach unsere Verfassung vorlegen müssen?“ Auch gegen die Aufnahme der slowenischen Minderheit in die Verfassung spricht sich Schretter aus: „Der Entwurf der Novelle läßt die Möglichkeit offen, Slowenisch als zweite Amtssprache in ganz Kärnten zu etablieren. Das würde eine flächendeckende Slowenisierung bringen.“

Dazu muß man auch die Hintergründe kennen. Etwa jenen Brief aller drei Slowenenorganisationen vom April 2014 an Landtagspräsident Reinhart Rohr, in dem Valentin (Zdravko) Inzko, Bernhard Sadovnik und Marjan Sturm enorme Zugeständnisse die Zweisprachigkeit und Topografiebezeichnungen betreffend in die Verfassung reklamieren wollten. Wie z. B.: Slowenisch vom Hort bis zum Altersheim in ganz Kärnten.

Was sagt LH Kaiser dazu?

Ende für Alpe-Adria-Line ?

Seit 2014 pendelte der „Laibach-Bus“ viermal täglich von Klagenfurt nach Laibach und retour. Rund 40 Passagiere pro Tag (bei 8 Fahrten) haben das Angebot genutzt. Daß das Unternehmen von der 348.000.- Euro-Startsubvention des Landes Kärnten profitiert habe, weist der Geschäftsführer der „Line“, Mirko Zeichen-Picej jedoch zurück: „Unser Unternehmen hat sogar noch einiges dazu zahlen müssen.“

Trotzdem will er den Bus „retten“, „weil wir an diese Linie glauben“. Geschäftsführer Zeichen-Picej und der grüne Landesrat Holub führten zu dem Zweck sogar Gespräche mit dem slowenischen Minister. Allerdings – „ohne Unterstützung wird's nicht gehen. Die ÖBB funktionieren auch nicht ohne Subventionen. Gibt es keine Lösung, muß ich mich von fünf Fahrern trennen.“ so der Geschäftsführer.

Soll Kärnten da womöglich weiterzahlen?

NICHT FÜR SCHULUNTERRICHT ZUGELASSEN

In Israel tobt ein Streit um einen Roman, in dem es um die Liebe zwischen einem palästinensischen Künstler und einer israelischen Übersetzerin geht. Ursprünglich war das Werk der Autorin Dorit Rabinyan für den Schulunterricht vorgesehen. Doch dann entschied das Erziehungsministerium den Roman nicht als Schullektüre zuzulassen, mit der folgenden Begründung: „Die Erzählung greift das Motiv unmögliche, verbotene Liebe auf. Jugendliche aber neigen zur Romantisierung und sind meistens nicht imstande, die Dinge von allen Seiten zu betrachten, daß sie auch Aspekte wie die Bewahrung der Volksidentität und die Folgen einer Assimilation bedenken.“

Über 100.000 illegale Doppelstaatsbürger

gibt es in Österreich.

Österreichs „Fake-Bürger“ nennt sie die links-liberale Presse und weiter: „Österreichs Rechtsordnung vermeidet Doppelstaatsbürgerschaften. Wer Österreicher werden will, muß auf seine bisherige Staatsangehörigkeit verzichten. Wer Österreicher ist und ohne ausdrückliche Erlaubnis eine weitere Staatsbürgerschaft annimmt, verliert die österreichische Staatszugehörigkeit.“

Es gibt im Rahmen des Europarates etwa ein europäisches Übereinkommen über die Staatsangehörigkeit. Viele europäische Staaten haben das Übereinkommen unterschrieben, das Europarats-Gründungsmitglied Türkei jedoch nicht.

Nach seriösen Schätzungen gibt es zwischenzeitlich über 100.000 dieser illegalen Doppelstaatsbürger in Österreich. Bei Wahlen sind das immerhin rund vier Mandate im Nationalrat, die von Mitbürgern bestimmt werden, die bei ordnungsmäßiger Anwendung geltenden Rechts gar nicht wahlberechtigt wären.“

ZITAT

Maria-Luise Mathiaschitz-Tschabuschnig, Bürgermeisterin von Klagenfurt: „Laßt euch nie vorschreiben, wen ihr zu lieben und zu hassen habt!“

Großquartiere sperren zu

Die Großquartiere für Asylanten in Kärnten, die vor zwei Jahren eiligst geschaffen worden sind, klagen über mangelnde Belegung. Von 1526 Plätzen sind nur noch 254 belegt. In der „Baumax-Halle“ in Klagenfurt nur noch 29 von 450 Plätzen, in der „Sirius-Halle“ 80 von 450. Diese beiden Hallen sperren jetzt zu.

Das wäre an sich eine positive Entwicklung, wenn man allein an die Kosten denkt, die wir uns ersparen sollten, dem ist allerdings nicht so. Der Mietvertrag z. B. für die „Bundesbetreuungseinrichtung - Baumax-Halle“ wurde für 5 Jahre abgeschlossen – monatliche Kosten € 36.000.-. Diese Kosten haben wir zu tragen, ob die Halle offen oder geschlossen ist. Und die Quartiergeber in den seinerzeit bereitwilligst geschaffenen Landesquartieren liegen dem Kärntner Flüchtlingsbeauftragten Udo Puschnig mit den Worten: „Schickt's mehr Leute!“ in den Ohren. Diejenigen, die mit unnützen Grundstücken und leerstehenden, wertlosen Immobilien gute Geschäfte gemacht haben, sehen ihre Felle davonschwimmen.

Das darf aber wohl nicht sein, daß für das ewige Wohlergehen einiger Hausherrn immer wieder neue Asylanten nach Kärnten gelockt werden sollen.

Impressum: WEITBLICK – Herausgeber: AFP Kärnten, Medieninhaber: Ingrid Kraßnig (vormals Sepp Kraßnig). Alle einschließlich Redaktion: 9020 Klagenfurt, B. Schwarzstr. 33. Höhe der Beteiligung 100 Prozent. Druck: Digitalcenter Repa Copy, 9020 Klagenfurt. Blattlinie: Der WEITBLICK tritt für die Grund- und Freiheitsrechte aller Völker ein. Für Spenden aus EU-Ländern vermerken Sie bitte folgende Nummern: **PSK Kto. 75.505.994, BIC : OPSKATWW, IBAN: AT660000000075505994.**

BITTE UNTERSTÜTZEN SIE UNSERE ARBEIT MIT IHRER SPENDE

Der Bann ist gebrochen

„Trump-Verblödung“ titelt die Schweizer Weltwoche einen Bericht über die ausfälligen Reaktionen Prominenter und Journalisten zur Wahl des Präsidenten der USA. Mordaufrufe und Nazi-Vergleiche sind da schon fast normal geworden.

„Geht es um Donald Trump, sind sämtliche Regeln des Anstands und des guten Geschmacks außer Kraft gesetzt. Genau die gleichen Leute, die die geringste verbale Grenzüberschreitung von rechts reflexartig anprangern, schießen hemmungslos gegen den neuen Präsidenten der Vereinigten Staaten. Namhafte Publizisten kokettieren mit Trumps Ermordung, Popstars wollen gleich das ganze Weiße Haus in die Luft sprengen, Hitler-Vergleiche gehören schon fast zum guten Ton, spätestens seit sogar Papst Franziskus einen solchen bemüht hat.

Eine kleine Auswahl von Ausfälligkeiten:

Popsängerin Madonna: „Ja, ich bin böse, ich bin wütend, ich habe schrecklich oft daran gedacht, das Weiße Haus in die Luft zu sprengen.“

Rockstar Ozzy Osbourne: „Für mich ist Donald Trump der nächste Hitler.“

Times-Kolumnistin India Knight: „Die Ermordung (Trump) läßt so lange auf sich warten.“

Moderator Stephan Klapproth: „Rattenfänger“, „Protz“, „Großmaul“, „der Prahlhans, der uns so abstößt“.

Josef Joffe, Herausgeber der Wochenzeitung Die Zeit, im TV-Sender Phoenix auf die Frage, welche Möglichkeit es gebe, Donald Trump frühzeitig des Amtes zu entheben: „Mord im Weißen Haus zum Beispiel.“

ZITAT

Tassilo Wallentin: „In Österreich herrscht Stillstand. Unser Land wird nicht regiert. Es wird nur katastrophal verwaltet. Österreich hat pro Einwohner um 27 % höhere Ausgaben für die Hoheitsverwaltung als Deutschland. Das Wirtschaftswachstum ist null. Es fehlen Reformen für den Arbeitsmarkt, im Gesundheits-, Bildungs- und Pensionsbereich. Die Abgaben- und Steuerquote von 42% ist erdrückend. Es gibt eine halbe Million Arbeitslose. Die relative Armut nimmt zu. Die Lage der inneren Sicherheit ist erschreckend. Wir brauchen keine Überschriftenpolitik, sondern Reformen. Sonst fahren wir gegen die Wand.“

Kühen das Furzen verbieten

Ministerin Barbara Hendricks, SPD, zuständig für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, hat sich mit originellen Einfällen einen Namen gemacht. Mitte letzten Jahres legte sie einen „Klimaschutzplan 2050“ vor, in dem unter anderem gefordert wurde, die Deutschen sollten ihren Fleischkonsum radikal reduzieren, von derzeit 1,1 Kilo pro Kopf und Woche auf 300 bis 600 Gramm. Die „Nachfrage nach tierischen Produkten“ trage wesentlich zum Ausstoß von Treibhausgasen bei, die Landwirtschaft sei für acht Prozent der Treibhausgas-Emissionen verantwortlich. Das Anliegen der Ministerin faßten die Deutschen Wirtschafts-Nachrichten in einem Satz zusammen: „Hendricks will Kühen das Furzen verbieten.“

(Henryk M. Broder in der Weltwoche)

Was haben die bis jetzt getan ?

Rot und Schwarz präsentieren ihr Arbeitsprogramm, das nun alles besser machen soll. Jetzt endlich wollen sie es anpacken, aber wirklich. Ganz ehrlich, für Österreich. Was die Systempolitiker von SPÖ und ÖVP seit 1945 daran gehindert hat zu arbeiten, bleibt ein Rätsel.

In der Frühe

Goldstrahlen schießen übers Dach,
die Hähne krähen den Morgen wach;
nun einer hier, nun einer dort,
so kräht es nun von Ort zu Ort.
Und in der Ferne stirbt der Klang –
ich höre nichts, ich horche lang'.
Ihr wackern Hähne, krähet doch!
Sie schlafen immer, immer noch.

Theodor Storm

ZITAT

Friedrich Nietzsche: „Es gibt kein härteres Unglück in allem Menschen-Schicksale, als wenn die Mächtigen der Erde nicht auch die ersten Menschen sind. Da wird alles falsch und schief und ungeheuer.“

ÖH-Beiträge verschleudert

Die Studentenvertreter der Uni Wien stehen in der Kritik: In den vergangenen vier Jahren verschickte die linke ÖH-Führung mehrheitlich Presseaussendungen für fremde Organisationen, wie eine Recherche der schwarzen Aktiengemeinschaft ergab. „Unter anderem wurden so Aussendungen des bekannten NoWKR-Bündnisses, diverser ‚Autonomer Antifas‘ und der ‚Plattform Radikale Linke‘ mit Studierendenbeiträgen finanziert“, sagt die AG und spricht vom „Verschleudern“ der Gelder. Die Gruppen stünden zudem teils unter Beobachtung des Verfassungsschutzes.

Die jungen Grünen und die Disziplin

Die jungen Grünen wollen herausgefunden haben, was das Lernklima in den heimischen Klassenzimmern vergiftet: die Titel. Diese würden einen Keil zwischen die Lehrer und die Schüler treiben – weshalb sie Herr und Frau Professor jetzt an den Kragen wollen. Per Petition an den Nationalrat wollen sie erreichen, daß diese Anrede in den Schulen gestrichen wird. Die „Titelgeilheit“ beruhe nämlich auf verkrusteten Traditionen, die auf Gehorsam und Disziplin abzielen, statt auf Begegnungen auf Augenhöhe.

SORGEN HABEN DIE

Die Klagenfurter Grünen fordern Straßen solange nach Frauen zu benennen, bis bei den Straßennamen „gendermäßig“ Gleichstand herrscht.

SOZIALABBAU !

Noch bedarf es der Entscheidung der Regulierungsbehörde. Die Schließung der letzten Postfiliale, sowie der Bawag-Bankfiliale im Bezirk in Ferlach wegen „Unwirtschaftlichkeit“ scheint aber unausweichlich zu sein. Der Bezirksvorsitzende des Pensionistenverbandes Klagenfurt-Land kämpft für den Erhalt der Post und Bank. In Geschäften und Gasthäusern, zumindest in jenen, die noch nicht zugesperrt haben, liegen Unterschriftenlisten auf. „Der ländliche Raum wird immer mehr ausgedünnt - Fleischer, Bäcker, Gasthäuser sperren zu. Müssen wir künftig nach Klagenfurt zur Post fahren, oder zur Bank?“ fragt der Bezirksvorsitzende.

Die von der Schließung Betroffenen hoffen auf Hilfe durch die Politik.

Wenn sie da nur nicht vergeblich hoffen!

HABEN SIE SCHON BEWÄLTIGT ?

Störung der Totenruhe EINE RICHTIGSTELLUNG

Vielen Klagenfurterern wird das Cafe Lerch noch in bester Erinnerung sein – es existierte bis in die 1970er-Jahre, der Besitzer Ernst Lerch starb 1997.

„Er habe nichts vom Morden im Vernichtungslager Treblinka gewußt. So verteidigte sich nach dem Krieg Ernst Lerch, der Adjutant von Odilo Globotschnik, der mit seiner „Aktion Reinhardt“ eine Million Menschen, die meisten waren jüdischer Herkunft, in den Tod geschickt hat.“ schreibt Ilse Gerhardt in der Zeitung „Meine Woche“ vom 18.1.2017.

Der Historiker Dr. Alfred Elste schreibt in seinem Buch „Kärntens braune Elite“ herausgegeben im Verlag Hermagoras/Mohorjeva, ISBN 3-85013-476-8, mit einem Vorwort von Univ.-Prof. Dr. Anton Pelinka zu Ernst Lerch u.

a. folgendes: „Im Mai 1972 begann der Prozeß gegen Ernst Lerch. Es war nicht das erste Mal, daß gegen ihn aus politischen Gründen prozessiert wurde. Im März 1950 verurteilte ihn das Landesgericht Klagenfurt wegen des Verbrechens des Hochverrates nach §§ 10, 11 Verbotsgesetz zur Strafe des schweren Kerkers mit einer Dauer von 2 Jahren. Diese Verurteilung sah das Landesgericht Klagenfurt mit Beschluß vom 5. Februar 1957 als getilgt an. Zwischen 1950 und 1970 wurde Lerch zudem dreimal – soweit nachzeichenbar – als Zeuge einvernommen. Befragt über seine Tätigkeit im okkupierten Polen, spiegelten die Antworten eines: mangelndes Erinnerungsvermögen.

Der Prozeß Anfang der siebziger Jahre unterschied sich gegenüber jenem von 1950 allein in den Anklagepunkten. Einer lautete auf Beteiligung am Mord an tausend Juden aus dem Restghetto von Majden-Tatarski im Wald von Krepjec am 6. November 1942. Lerch bekannte sich in keinem Anklagepunkt für schuldig. **ER WURDE FREIGESPROCHEN. Das Verfahren gegen Lerch wurde im Mai 1976 eingestellt.**

Lediglich die „Kärntner Tageszeitung“ (SPÖ Anm.) berichtete, daß nach Jahren der Prozesse und Verdächtigungen der ehemalige Klagenfurter Cafetier Ernst Lerch **voll rehabilitiert ist.** Die Zeitung wußte auch den Grund: **Außer dem Hauptbelastungszeugen, der seine Aussage zurückgezogen hatte, gab es nur Entlastungszeugen.**“ Soweit der Historiker.

In dem Theaterstück von Werner Kofler (seinem einzigen), „Tanzcafe Treblinka“, in dem es um „die Nazi-verbrechen und deren Verdrängung in der Nachkriegszeit“ geht, macht sich nun Kärntens Kulturschickeria über einen längst rehabilitierten Toten her.

Die Linken verhinderten die Anbringung einer Gedenktafel für den Unterhaltungsmusiker Udo Jürgens am Haus des ehemaligen Cafe Lerch.

Anm. d. Red.: Eigentlich ist es uns sehr egal, ob und wo eine Erinnerungstafel für Udo Jürgens angebracht wird. Im ehemaligen Cafe Lerch hatte er seine ersten Auftritte.

Nur: **Zum Unterschied von der Lügenpresse möchten wir die Wahrheit sagen.**

Kein Antisemitismus

Wochenlang gab es in den USA Aufregung über „antisemitische“ Bombendrohungen gegen jüdische Einrichtungen. Nun wurde in Israel ein verhaltensgestörter Jude als der Telefon-Täter verhaftet.



lesen Sie auch

Probeexemplare der KOMMENTARE erhalten Sie unter der Adresse: A 1171 Wien, Postfach 543. Helfen Sie uns bei der Verbreitung unserer Zeitungen und Flugschriften! Besuchen Sie uns im Internet: <http://volksherrschaft.info>

Kinder mit giftigen Schwermetallen belastet

Die Ergebnisse einer Gesundheits-Studie geben Anlaß zur Sorge: Neben der Belastung durch das Umweltgift Hexachlorbenzol (HCB) wurden bei Harnproben von Kindern im Görtschitztal jetzt auch erhöhte Schwermetallwerte festgestellt.

Die HCB-Werte, gemessen im Blut von Görtschitztaler Kindern, wurden mit einer deutschen Studie verglichen. Ergebnis: Kinder zwischen zwei und zehn Jahren sind um das 24-fache höher belastet als Probanden in Deutschland.

Nach dem Fund von Arsen im Trinkwasser wurden 35 Kinder jetzt auch auf Belastung durch Schwermetalle getestet: Bei knapp einem Drittel lagen die Werte von Cadmium über dem Referenzwert. Erhöhte Nickel-Werte wurden bei 17 Prozent entdeckt, vier Kinder hatten mehr Arsen im Körper, als der Referenzwert.

Umweltmediziner Hans-Peter Hutter meint dazu: „Nur über Referenzwerte ist keine medizinische Beurteilung möglich.“ Daß viele Schwermetalle bereits in leichter Überkonzentration für den menschlichen Organismus gesundheitsschädlich oder giftig sein können, ist bekannt.

Haben Kärntner Kinder kein Recht auf gesunde Umwelt?

ISLAM-ZENTRUM IN KLAGENFURT

Im Klagenfurter Stadtteil St. Peter soll ein Islam-Zentrum errichtet werden. Das Grundstück neben dem Ebenhof wurde um 255.000 Euro von Bosniern gekauft.

Bei einer Veranstaltung im Dezember im Klagenfurter Konzerthaus wurden die ersten Pläne für das „Islamski Kulturni Centar Klagenfurt“ präsentiert.

Stadtplanung und Bürgermeisterin wollen alles genau prüfen.

ZITAT

Friedrich Nietzsche: „Und wenn sie gar die letzten sind und mehr Vieh als Mensch: da steigt und steigt der Pöbel im Preise, und endlich spricht gar die Pöbel-Tugend: ‚Siehe, ich allein bin Tugend!‘“

Die Irakisierung Deutschlands

„Unser heutiges Leiden ist ein Vorgeschmack darauf, was ihr Europäer und Christen in naher Zukunft erleiden werdet“, schrieb der Erzbischof der Millionenstadt Mosul im Nordirak, Amel Shimon Nona, schon am 9. August 2014 in einem Brief an die Europäer:

„Ich habe mein Bistum verloren. Die Räumlichkeiten meines Apostolates wurden von islamistischen Radikalen besetzt, die uns entweder konvertiert oder tot sehen wollen. Doch meine Gemeinde ist noch am Leben. Ihr müßt die Realität im Nahen Osten bedenken, denn ihr heißt eine stetig wachsende Anzahl von Muslimen in Euren Ländern willkommen. Doch auch ihr seid in Gefahr. Ihr müßt feste und mutige Entscheidungen treffen, auch um den Preis, euren Prinzipien zu widersprechen. Wenn ihr das nicht schnell genug versteht, werdet ihr zum Opfer des Feindes, den ihr bei euch zu Hause willkommen heißen habt.“

ZITAT

Baron Ismay, erster NATO-Generalsekretär formulierte 1955 den Zweck der NATO: „Die Russen draußen, die Amerikaner drinnen und die Deutschen unten zu halten.“

KOMMENTARE
ZUM ZEITGESCHEHEN